

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Mühsing, Berlin.
Verleger: Kurt Schlegel 4196/4200



Abgabe für Zeitung und Beilage:
Berlin O 20 61, Zeit.-Anstalt.-Platz 6
Telefon: 60211

Die Zeitung wird in der Regel
am Montag 8 Uhr und am Samstag 7 Uhr morgens
an den Abonnenten, sowie alle anderen Bestellen & Anzeigen für alle Tage & Jahre

Berlin, den 2. Dez. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Papen erledigt!

Schleicher kommt - Der Kurs bleibt!

SPD. In den letzten Tagen - es konnte sich kaum günstiger treffen - ist ein Buch zur Verherrlichung Papens und des Papenkurses erschienen. Sein Verfasser Walter Schotte schmückt seine eigene Darstellung mit goldenen Worten aus dem Mund des bisherigen Reichskanzlers und eines davon lautet: "Nur der ohne Zeitbegrenzung Berufene kann - schwach wie der Mensch ist - wahrhaftig unabhängig sein und handeln."

Es darf dahingestellt bleiben, ob Herr von Papen unter den Berufenen den vom Reichspräsidenten Ernannten verstand, oder ob er, der ja überhaupt gern von seiner Verantwortung vor Gott redete, an eine Art von himmlischer Berufung dachte, jedenfalls hat er erkennen müssen, dass auch die Berufung "ohne Zeitbegrenzung" ein verhältnismässig schnelles Ende finden kann. Und wenn sein literarischer Propagandachef es an anderer Stelle begrüsst, dass der Reichskanzler Kavallerist sei, das heisst, einen Typ darstelle, den wir brauchten, so sind sich wohl beide, der Sänger wie der Besungene, nicht vollständig im klaren über die Gefahren der Herrenreiterei gewesen. Das Ross kann bocken und an Hürden kann man stürzen. Bei Herrn von Papen ist es so weit. Eine Krise, die an Wirrwarr, an Kulissenintrigen, an bewussten Irreführungen der Öffentlichkeit nicht zu überbieten war, hat mit der Verabschiedung des "Berufenen" geendet. Die neue Staatsführung, als deren Propheten und Helden er sich ausgab, hat einen schweren moralischen Stoss erlitten.

Die Unabhängigkeit, deren sich der Kanzler rühmte, war eine holde Selbsttäuschung. Schon vom ersten Anfang an begab er sich selber freiwillig in den Dienst bestimmter Interessentengruppen, und als er dann, um von den Fesseln der Parteien frei zu werden, an das Volk appellierte, lehnte ihn dieses Volk einschliesslich jener Interessentengruppen ab. Dass ein paar seiner bisherigen Minister sich ihm versagten, war nicht das Entscheidende. Die öffentliche Meinung und nicht zuletzt der Widerspruch, den die Arbeiterklasse gegen ihn erhob, haben dem Kavalleristen den Hals gebrochen, und es half ihm auch nichts, dass sich noch im letzten Moment der Berliner Polizeipräsident schützend vor ihn stellte und die sozialdemokratische Kritik ins Eisen zu legen drohte.

Das eben ist das Erfreuliche an dem Ausgang der Krise: es hat sich herausgestellt, dass man sich selbst wenn der Reichstag lahm gelegt ist, doch nicht einfach über die Stimmungen und den Willen der Wähler hinwegzusetzen vermag. Ein Staat wie Deutschland kann nicht nach italienischen und russischen Methoden verwaltet werden. Die Staatsform der parlamentarischen Demokratie mag durch die Schuld von Parteien, die sich die Diktatur zum Ziel gesetzt haben, schwer erschüttert sein, aber dass das Vertrauen des Reichspräsidenten nicht genügt, um einen Kanzler am Ruder zu halten, hat sich deutlich erwiesen.

Nur freilich bedeutet die Beseitigung Papens nicht die Rückkehr zu den Zuständen, die dem Sinn und Geist der Weimarer Verfassung entsprächen. Ein "Präsidialkabinett" wird durch ein anderes abgelöst. An die Spitze des neuen soll Herr von Schleicher treten und wenn wir den einen Mann mit grosser Genugtuung scheiden sehen, so heisst das nicht, dass wir den anderen mit Befriedigung begrüssen.

Möglicherweise ist Herr von Schleicher geschickter und weniger unbedün-
net als sein Vorgänger. Möglicherweise stützt er sich weniger auf den Glauben an seine göttliche Mission und rechnet mehr mit den Realitäten des Diesseits. Das kann ihn sogar veranlassen, gewissen Forderungen der Arbeiterschaft ein geneigteres Ohr zu leihen und es wird ihn wahrscheinlich zu einem Verzicht auf die wilden Verfassungspläne bestimmen, zu deren Befürworter sich im alten Kabinett namentlich der Freiherr von Gayl gemacht hat. Aber der grössere Tatsachensinn und die bessere Anpassungsfähigkeit des Generals sind für uns kein Grund, zu ihm und seiner Regierung prinzipiell eine andere Stellung einzunehmen als zu dem des verflissenen Kavalleriemajors.

Seine Politik wird von der unsrigen durch eine gewaltige Kluft geschieden sein. Die Wege, auf denen er, wie man vernimmt, zu einer Gesundung der Wirtschaft und zu einer Einschränkung der Arbeitslosigkeit gelangen will, sind nicht unsere Wege. Seine gelegentlichen Verbeugungen vor dem Gedanken der Verstaatlichung gewisser Industrien haben mit unserem demokratischen Sozialismus nichts zu tun. Seine Absicht, "Herrn Bracht zum Innenminister zu machen", kann weder für die Gestaltung der Dinge im Reich, noch für die des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preussen irgendwelche Hoffnungen erwecken. Seine bekannten Rüstungspläne vertragen sich nicht mit unseren Auffassungen von Wehr- und auswärtiger Politik und schliesslich - auch er bezieht seine Machtvollkommenheiten nicht von der Volksvertretung, sondern vom Reichspräsidenten.

Für uns gibt es also nichts anderes als das Verharren in der Opposition. Nur von dieser Linie aus sind wir in der Lage, unsere politischen Ansichten und Absichten klar herauszuarbeiten und dem Volke verständlich zu machen. Nur mit der Front gegen die Präsidialregierung können wir mit Aussicht auf Erfolg die Wiederbelebung des demokratischen Willens in den heute dem Diktaturgerede zum Opfer gefallenen Arbeitermassen in Angriff nehmen.

Die autoritäre Staatsführung hat einen schweren Stoss erlitten. Aufgabe der sozialdemokratischen Politik ist es, die Voraussetzungen für die völlige Vertreibung dieses Spuks zu schaffen und damit die Bahn für den Staat des arbeitenden Volkes zu bereiten.

Rudolf Breitscheid.

SPD. Braunschweig, 2. Dezember (Eig. Dr.)

Der nationalsozialistische Rektor der Schule in Thiede hat sich an zahlreichen Schülerinnen vergangen. Mehrere Eltern haben deshalb Strafantrag gegen ihn gestellt. Die Untersuchung ist eingeleitet. Trotzdem lässt Nazi-Minister Klagges des Beschuldigten seinen Dienst weiterversehen. Sein vor-kürzer Zeit als Rektor seines Amtes enthobener Vorgänger, war der republikanische Lehrer Freienberg. Er musste dem jetzt unter Anklage stehenden Nazimann weichen, weil Freienberg feindselige Bemerkungen gegen die Hitlerbewegung ge-
tan haben soll.

SPD. Der Mann, der nur "vier Jahre" regieren wollte, der den "Willen und die Macht" in sich fühlte dem Volke seine reaktionäre Gesinnung aufzu-
zwingen, dieser von "Gott gesandte" Franz von Papen ist nicht mehr. Statt "vier Jahre" hat die Herrlichkeit dieses Reichskanzlers knappe sechs Monate

gedauert. Wie das Volk, so hat schliesslich auch der Himmel den Propheten im Stich gelassen.

Nun weilt er wieder als gewöhnlicher Sterblicher unter uns. Nicht mehr "von Gott gewollt", nicht mehr "autoritär", nicht mehr mit dem "Willen und der Macht" alle Welt zu provozieren, aber gehasst von Millionen, wie selten ein Mann in Deutschland. Eine Einheitsfront gegen den "Marxismus" wollte er schaffen, eine Einheitsfront gegen sich hat er geschaffen. Er stolperte über die "Macht", weil Macht ohne Verstand immer zum Verhängnis führen muss. Der Trümmerhaufen, den er hinterlässt, wird ihm in unserem Volke ein dauerndes Andenken sichern.

In seiner Sterbestunde noch hat der kleine Nachfolger seines "grossen Amtsvorgängers" Bismarck versucht, sich mit einer Art Glorienschein zu umgeben. Er hat die Mitwelt wissen lassen, dass sein Nachfolger seine Erfindung ist, dass er dem Reichspräsidenten nicht einmal, sondern gar zweimal Herrn von Schleicher als Reichskanzler vorgeschlagen habe. Als es nicht mehr anders ging, als der Schuss, den Papen gegen die Parteien gerichtet hatte, zurückgeprallt und seinen Urheber lebensgefährlich getroffen hatte, hat dieser Franz von Papen in der Tat gebeten, ihn nicht wieder zu ernennen. Vor dem aber liegt eine vierzehntägige Krisengeschichte mit einem geradezu ungeheuerlichen Intrigenspiel. Vor dem wurde nichts unversucht gelassen, um uns den "autoritären" Franz zu erhalten. Was in diesen vierzehn Tagen hinter den Kulissen der "nationalen" Front im einzelnen vor sich gegangen ist, was und wer dort geschoben wurde, wird der Mann der "christlich-konservativen Staatsauffassung" besser wissen als wir. Dass er sich heute hinstellt, als habe er es so gewollt wie es gekommen ist, das nimmt uns bei ihm nicht Wunder, aber es stimmt nicht. Der Sinn des Rücktritts der Papen-Regierung war, die Parteien ins Unrecht zu setzen, nochmals ihre viel verlästerte Unfähigkeit zu demonstrieren und nach diesem Exempel die Barone mit Papen an der Spitze wiederkehren zu lassen. Noch am Donnerstag waren Papen und Genossen guter Hoffnung. Wenn ihnen der Wille des Volkes schliesslich nicht doch noch den Weg versperrt hätte, sie wären von sich aus wiedergekommen, unbekümmert darum, ob 90 oder gar 95 Prozent aller Deutschen ihnen mit berechtigtem Hass gegenüberstehen. So geht der Platzhalter Schleichers wider seinen Willen, wie Schleicher gegen seinen Willen kommt!

Papen verschwindet - die Barone bleiben und mit ihnen der Kurs! Nur einer wird ausgewechselt: der Freiherr im Reichsministerium des Innern. An seine Stelle soll Papens Ebenbild treten, der Mann des 20. Juli, Herr Bracht. Dieser Mann hat mit Papen alles gemein: den Charakter, die Gesinnung und den Taten-drang eines Herrenreiters. Wir haben nicht geruht bis Papen erledigt war, und werden nicht ruhen bis die Ablösung der einen Provokation durch die andere wieder wettgemacht ist.

SPD. Braunschweig, 2. Dezember (Eig. Dr.)

Der Hochschulkonflikt in Braunschweig droht durch die entschiedene Haltung von Rektor und Senat, zu einer grossen Schlappe für den Naziminister Klagges zu werden.

Klagges Vertrauensmann in der Hochschule ist der Nazi-Studentenführer Gille, der im vergangenen Jahr wegen Betrugs im Gefängnis gesessen hat. Diese Tatsache beleuchtete den Charakter von Gille. Der Rektor fügte diesem Bild am Freitag die Erklärung bei, dass der Naziführer in dem gegenwärtigen Konflikt wiederholt unwahre Behauptungen aufgestellt und die Öffentlichkeit belogen habe. Kein Wunder, wenn jetzt selbst die Nazistudenten zu zweifeln und zu wanken beginnen, und wenn die Stellung der Hochschulleitung von Tag zu Tag stärker wird.

SPD. München, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei erblickt in der Lösung der Regierungskrise durch ein Kabinett Schleicher eine Chance für die Ueberwindung der Staatskrise, in die Deutschland durch das Papenexperiment verstrickt wurde. Sie steht deshalb einem Kabinett Schleicher zwar nicht ausgesprochen freundlich gegenüber, aber auch nicht gegnerisch, sondern wird einer Mitteilung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz zufolge ihre Haltung vom Programm und von den Taten der Regierung abhängig machen. Begründet wird diese Vorsicht mit den ungeklärten Zweifeln, wie ein Kanzler Schleicher sich zum bayerischen Staat stellen wird, nachdem bekannt sei, dass Schleicher gewiss kein Föderalist ist. Trotzdem erwartet die Bayerische Volkspartei von ihm, dass er ein Gefühl der Realität für die unzerstörbare Existenz des bayerischen Staates habe und seine Politik danach einrichte. Im übrigen sieht sie Sinn und Zweck der neuen Regierung darin, den äussersten Konflikt mit dem Reichstag zu vermeiden und allmählich eine Atmosphäre für die Belohnung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit zu schaffen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident erteilte am Freitag-Mittag dem Reichswehrminister, General der Infanterie a.D. von Schleicher, den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. von Schleicher hat diesen Auftrag angenommen.

+ + +

Die Regierung Schleicher, die wahrscheinlich noch am Sonnabend ernannt werden dürfte, wird sich von der Papen-Regierung kaum wesentlich unterscheiden. Ausgewechselt werden lediglich der Reichsinnenminister, Freiherr von Gayl, an dessen Stelle Papen numero 2, Herr Bracht, treten soll und der Reichsarbeitsminister Schäffer, dessen Nachfolger noch nicht endgültig bestimmt ist. Alle übrigen Minister der Papen-Regierung, also auch Reichsernährungsminister von Braun und Reichswirtschaftsminister Warmbold, dürften wiederkehren.

Der Verzicht Schleichers auf die Mitarbeit des bisherigen Reichsinnenministers und des Reichsarbeitsministers Schäffer lässt in bezug auf das Programm der neuen Regierung bereits bestimmte Schlüsse zu. Schleicher wird auf Verfassungsexperimente der Art, wie sie Papen und Gayl vertreten haben, verzichten und die lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September, gegen die sich u.a. auch das von der Sozialdemokratie beantragte aber bisher nicht zugelassene Volksbegehren wenden sollte, aufheben. Er denkt nach seinen Erklärungen, die er in den Unterredungen der letzten Tage abgegeben hat, zugleich an eine Bereinigung des Preussenkonflikts, ohne dass jedoch etwa die völlige Wiedereinsetzung der Regierung Braun beabsichtigt wäre. Was von dieser Bereinigung zu halten ist zeigt die Absicht, an Stelle des Freiherrn von Gayl den stellvertretenden Preussenkommissar Bracht dem Reichspräsidenten zum Reichsinnenminister vorzuschlagen. Ohne Bracht hätte der Preussenkonflikt nie das gegenwärtig zu verzeichnende Ausmass mit seinen kleinlichen Gehässigkeiten angenommen. Eine Bereinigung des Preussenkonflikts wird es niemals mit ihm sondern nur gegen ihn geben.

Am Freitag-Nachmittag hat Schleicher die Führer der christlichen und freien Gewerkschaften um ihre Auffassung über mehrere Persönlichkeiten befragt, die für das Reichsarbeitsministerium kandidieren. Nicht in Frage kommen für dieses Amt die in der Öffentlichkeit genannten christlichen Gewerkschaftler Stegerwald und Otte, der neue Schlichter von Berlin Professor Brahn und der Schlichter für Westfalen Jöcken. Einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Arbeitsministerium ist der bekannte Planwirtschaftler und frühere Mitarbeiter Wissells, Professor v. Moellendorff.

+ + +

Die Nationalsozialisten, auf deren stillschweigende Unterstützung Schleicher bisher immer noch gehofft hat, lassen offiziell erklären, dass sie jede Tolerierung eines Kabinetts Schleicher "klar und unzweideutig" ablehnen.

SPD. Köln, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die "Kölnische Zeitung" begrüsst den Reichskanzler-Kandidaten von Schleicher mit dem Ruf: "Der richtige Mann, für dessen Beauftragung sie sich schon vor einigen Tagen trotz mancher Bedenken eingesetzt habe.

Diese Bedenken liegen, so führt das Blatt aus, auf wirtschaftlichem Gebiet, wie der Brief Leiparts an von Schleicher zeige: "Schleicher hat den Gewerkschaften, soviel bekannt ist, eine Erfüllung ihrer Forderungen zwar nicht versprochen und, wir glauben auch, dass er die Forderungen gar nicht erfüllen kann, wenn er nicht das eingeleitete Wirtschaftsprogramm in Gefahr bringen will. Immerhin hat er aber die Gewerkschaften durch den Empfang ihrer Führer zu einem solchen Vorstoss ermutigt und der Brief zeigt, was es nach sich zieht, wenn man in dem Ruf eines "Staatssozialisten" steht. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, dass General von Schleicher jetzt das Ziel der verschiedensten Staatssozialisten benützt und planwirtschaftliche Vorschläge machen wird. Es kommt deshalb darauf an, dass das von Schleicher zu bildende Kabinett eine Zusammensetzung erhält, die Gewähr dafür bietet, dass der von Papen eingeleitete Wirtschaftskurs nicht wieder unterbrochen wird, denn eine Unterbrechung des begonnenen Wirtschaftsprogramms würde die schwerwiegendsten Folgen haben. An den Grundlinien des Wirtschaftsprogramms darf nichts geändert werden."

SPD. Paris, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die zweite französische Note an Amerika ist am Freitag-Nachmittag in Paris veröffentlicht worden.

Die französische Regierung stellt in diesem sehr umfangreichen Schriftstück zunächst mit Genugtuung fest, dass Präsident Hoover bereit ist, dem Kongress eine neue Prüfung des Schuldenproblems zu empfehlen. Die Notwendigkeit einer Neuregelung des Schuldenabkommens sei, so heisst es in der Note, so dringend, dass man kaum verstehen könne, dass ein der wirtschaftlichen Lage nicht mehr entsprechendes Abkommen trotzdem ausgeführt werden solle. Die französische Regierung lege Wert auf die Feststellung, dass es niemals ihre Absicht gewesen sei, den juristischen Wert der verschiedenen Verpflichtungen zu beseitigen, die dem Schuldenabkommen zugrunde liegen. Im übrigen weise sie darauf hin, dass ihr Antrag auf Zahlungsaufschub, so wie sie ihn gestellt habe, die Rechte der Parteien vollkommen intakt lasse. Dieser Antrag scheine infolgedessen der französischen Regierung nicht über den Antrag hinauszugehen, den Hoover selbst im vorigen Jahre gestellt habe. Er sei nach ihrer Ansicht vielmehr die normale, gerechte und notwendige Folge des Hoover-Moratoriums.

Die Note begründet dann den Antrag auf Zahlungsaufschub mit der Durchführung des Hoover-Moratoriums, das alle bestehenden Abkommen, vor allem den Young-Plan, ausser Kraft gesetzt habe, mit den Abmachungen zwischen Laval und Hoover, mit dem Lausanner Abkommen, das Deutschland ausser einer Verringerung seiner Schuld um 90 Prozent ein dreijähriges Moratorium verschafft habe, mit dem Bericht der Baseler Sachverständigen, die einstimmig jede Ueberweisung von Zahlungsmitteln ohne Gegenleistung als schädlich für die Wiederrichtung der Weltwirtschaft verurteilt haben, und schliesslich mit der schwierigen Finanzlage Frankreichs, die man im Ausland oft schlecht verstehe. Die Note erwähnt aber nichts von der Entschliessung, die das franzö-

sische Parlament bei der Ratifizierung des Schuldenabkommens angenommen hat und die besagt, dass Frankreich nur in dem Masse seine Schulden zurückzahlen würde, in dem es von Deutschland die Reparationen erhalte.

Der Schluss der Note lautet: "Aufgrund dieser Erwägungen hat die französische Regierung im Bewusstsein der Verantwortung, die alle Grossmächte inbezug auf den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung tragen, die amerikanische Regierung am 11. November um einen Zahlungsaufschub gebeten. Indem sie diese Bitte wiederholt, glaubt sie nicht nur eine nationale sondern internationale Pflicht zu erfüllen. Sie ist sich voll und ganz der Rolle bewusst, die Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen in Europa zu spielen berufen ist. Sie will weder die Anstrengungen, die sie schon für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität und das Wiederanziehen der Geschäfte getan hat noch die Absichten geltend machen, die sie für eine weitere Mitarbeit an diesem Ergebnis hegt. Aber sie legt sich mit Besorgnis die Frage vor, wie Frankreich auf diesem Wege fortfahren könnte, wenn ihr gegen alle Erwartung die Hilfe der Vereinigten Staaten versagt werden sollte. Die Aufnahme, die die neue, reiflich überlegte Bitte um Zahlungsaufschub bei der amerikanischen Regierung findet, wird mit Vertrauen von der französischen Regierung erwartet, die alle Folgen abschätzt, die der Beschluss des Präsidenten Hoover für die Verbesserung oder Verschlimmerung der aus dem Kriege entstandenen tragischen Lage haben kann."

SPD. Dem "Vorwärts" ist von dem Berliner Polizeipräsidenten wegen seiner Schreibweise eine Verwarnung mit der Drohung eines längeren Verbots für den Fall zugegangen, dass er seine Schreibweise nicht mässige.

Der Berliner Polizeipräsident begründet diese Warnung und Drohung mit einem Leitartikel des "Vorwärts" in der Abendausgabe vom 29. November. Dieser Artikel mahnte den Reichspräsidenten und seine Ratgeber noch einmal vor den Folgen einer Wiederernennung des Herrn von Papen. Das sei gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an das Volk, die eine Katastrophe unvermeidlich mache. Hindenburg, so schloss dieser Artikel, sei nicht gewählt, Krieg gegen das deutsche Volk zu führen, und zwar Krieg im wahrsten Sinne des Wortes mit allem Blut und Elend!

Dieser Artikel, so sagt der Berliner Polizeipräsident Melcher in seinem Brief an den "Vorwärts", müsse besonders in den Augen des unbefangenen Durchschnittslesers, als eine "besonders rohe Missachtung und böswillige Verächtlichmachung des Herrn Reichspräsidenten" empfunden werden. Deshalb die Warnung und deshalb die Drohung mit einem längeren Verbot.

Der "Vorwärts" veröffentlicht sie und entgegnet dem Polizeipräsidenten: "Wir beantworten die Warnung mit einer Warnung. Wir warnen den Polizeipräsidenten nachdrücklichst vor der Methode, die er mit seinem Schreiben zur Anwendung bringt. Mit seiner Auffassung, wir hätten den Reichspräsidenten Beschimpfen wollen, steht Herr Melcher völlig allein. Es war eine Warnung in entscheidender Stunde, der wir die neue hinzufügen: Der Herr Polizeipräsident möge es unterlassen, sich an der Freiheit der Presse zu vergreifen!"

SPD. Köln, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

In einem Gebüsch bei Kirchen an der Sieg wurde der seit fünf Wochen vermisste frühere christliche Gewerkschaftssekretär Jung aus Siegen, seines Geldes und seines Mantels beraubt, tot aufgefunden. Die Leiche wies erhebliche Kopfverletzungen auf, die wahrscheinlich von Messerstichen herrühren. Ausser einem gemeinen Verbrechen kann auch ein politischer Mord in Frage kommen, da Jung eine politisch stark umkämpfte Persönlichkeit war.

SPD. Das Reichsinnenministerium hat die Prüfung des sozialdemokratischen Volksbegehrens zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Papennotverordnungen vom September abgeschlossen.

Ausgerechnet in dem Augenblick, wo Papen und sein Innenminister von der Bildfläche verschwinden, ist die Prüfung des sozialdemokratischen Volksbegehrens abgeschlossen worden. Diese Prüfung bestand nur in einer Suche nach formalen Verstößen. Man hat also ziemlich lange gesucht, um nichts festzustellen. Aber man hat sich wohl auch deswegen etwas Zeit gelassen, weil man von vornherein davon überzeugt war, dass die Durchführung dieses Volksbegehrens bestimmt mit einem Erfolg der Sozialdemokratie enden werde.

Die Regierung Schleicher will selbstverständlich um das Volksbegehren herumkommen. Das ist aber für sie nur dann möglich, wenn sie ehrlich den Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gerecht wird. Die Besprechung des Reichskanzlers mit dem Bundesvorsitzenden des ADGB hat bereits ergeben, dass nach dem völligen sozialpolitischen Fiasko Papens gewisse Zugeständnisse an die Gewerkschaften zu erwarten sind. Immerhin ist sich die Regierung Schleicher wohl darüber im klaren, dass der sozialpolitische Teil der September-Notverordnungen nicht nur eine Ermächtigung der Regierung zur Durchlöcherung des Tarifrechts und zur Lohnsenkung enthält, sondern auch eine Ermächtigung zu einer grundlegenden Änderung aller sozialpolitischen Einrichtungen. Die gesamte Sozialversicherung: Invaliden-, Angestellten-, Kranken- und Unfallversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und ebenso Arbeitsverfassung und Arbeiterschutz - kurzum die gesamte Sozialpolitik, die sozialen Grundrechte der Verfassung werden von dieser Ermächtigung bedroht. Diese Bedrohung muss verschwinden. Der Arbeiterschaft nützt es nichts, wenn jetzt vielleicht diese Bedrohung nicht akut wird, unter Umständen aber schon einige Monate später. Es muss nicht nur das Tarifrecht wiederhergestellt werden, es muss nicht nur mit dem Lohnabbau Schluss gemacht werden, es müssen nicht nur die unerträglichen Kürzungen der Sozialleistungen verschwinden, sondern klar und deutlich muss mit den arbeiterfeindlichen Notverordnungen, die ja nicht erst im September, sondern schon im Juni kamen, aufgeräumt werden.

Notwendig ist eine sichtbare Hebung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung, eine entschlossene Abkehr von der Politik der Schrumpfung. Nur ein wirklicher sozialpolitischer Kurswechsel kann der Regierung vielleicht die Möglichkeit schaffen, um das sozialdemokratische Volksbegehren herumzukommen.

SPD. Das Berliner Zentrumsorgan, die "Germania" schreibt zu der bevorstehenden Bildung der Regierung Schleicher:

"Die Lösung, die der Krise gegeben wurde, ist nicht die, die wir erhofft und erstrebt hatten. Wir verkennen nicht, dass mit ihr für den Staat und für seine Verbindung mit dem Volke manches gewonnen werden kann, doch stehen wir ihr in sehr nüchterner Beurteilung gegenüber. Die Tendenzen der neuen Regierung bewegen sich vielleicht in der Richtung, die wir für ihre Arbeit als notwendig und einzig möglich bezeichnet haben. Wir verzeichnen diese Eindrücke und warten ab, ob sie in der personellen Zusammensetzung des Kabinetts und vor allem in seinen Taten bestätigt werden. Bis dahin wird eine ruhige Wachsamkeit am Platze sein, die später, wenn Ziel und Wille der neuen Reichsregierung deutlich erkennbar geworden sind, einer anderen Betrachtung weichen mag. Die deutsche Politik macht nach monatelangem Irrweg einen neuen Anfang. Wir haben wenigstens die Hoffnung, dass er zum Guten führen wird."

SPD. Stuttgart, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Angeregt durch eine Klage aus Stuttgart, hat der Staatsgerichtshof eine grundsätzliche Entscheidung über die Anwendung des Proportionalwahlrechtes getroffen.

Die württembergische Gemeinde-Ordnung gestattet auf dem Wahlschein das Streichen und die Stimmenhäufung auf einzelne Kandidaten. Wenn aber mehr als die Hälfte der für einen Wahlvorschlag abgegebenen Stimmzettel keine Streichung enthalten, so ist für die Verteilung der Mandate nicht die Zahl der Stimmen sondern die Reihenfolge der Kandidaten massgebend.

Bei der letzten Stuttgarter Gemeinderatswahl hatten sich verschiedene Parteien zur "Einheitsliste der bürgerlichen Parteien" zusammengeschlossen. Auf diesen Wahlvorschlag erhielten zwei Demokraten 49 696 und 48 580 Stimmen. Sie wurden als gewählt bezeichnet, während der Kandidat der Volksrechtspartei 58 690 Stimmen erhielt, bei der Mandatsverteilung aber ausfiel, weil er auf dem Wahlvorschlag erst hinter den Demokraten stand. Die Volksrechtspartei hatte deshalb Klage eingereicht und die Rechtsgültigkeit der Bestimmung der Gemeindeordnung über die Stellenwahl grundsätzlich angefochten.

Der Staatsgerichtshof hat die Klage abgewiesen und damit die Bestimmung der Gemeindeordnung als gültig anerkannt, die getroffen wurde, um den vorher vielfach vorgekommenen unlauteren Wettbewerbsmanövern unter den Kandidaten einer Partei, die sich gegenseitig bekämpft hatten, ein Ende zu machen.

SPD. Der Reichstag wird die Wahl seines Präsidenten wahrscheinlich bereits am Tage seines Zusammentritts, dem 6. Dezember, vornehmen. Die Nationalsozialisten werden wieder Goering vorschlagen, für den ausser den Deutschenationalen auch das Zentrum zu stimmen beabsichtigt, sodass Goerings Wahl gesichert ist. Alterspräsident des neuen Reichstags ist der 82jährige General a.D. und Nationalsozialist von Litzmann.

SPD. Genf, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

MacDonald und Simon hatten am Freitag eine Zusammenkunft mit dem amerikanischen Delegierten Norman Davis und Paul Boncour-Frankreich. MacDonald beabsichtigt nur kurze Zeit an den Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen.

SPD. London, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die zweite britische Schuldennote an Amerika ist vorwiegend auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten abgestimmt. Einer Ablehnung der Dezember-Zahlung hat sich die britische Regierung enthalten.

Gegen die in der Note enthaltene Drohung mit "Massnahmen zur Einschränkung britischer Einfuhr aus Amerika" wendet sich der "Daily Herald" vom Sonnabend in einem Leitartikel: "Das wäre eine bedenkliche Entwicklung. Handelskrieg ist der fruchtbarste Boden internationaler Gegensätze und der britische Bürger müsste zahlen."

SPD. Reichswehrminister von Schleicher hat den Auftrag zur Neubildung der Regierung nur unter der Bedingung angenommen, dass er neben dem Amt des Reichskanzlers die Leitung des Reichswehrministeriums beibehält. Weitere Bedingungen hat er an die Annahme des Auftrags nicht geknüpft.

SPD. Zürich, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Schweizerische Bundesregierung hat am Freitag beschlossen, den in Genf in Haft gehaltenen Sozialistenführer Nicole trotz der bevorstehenden Tagung des Nationalrats nicht auf freien Fuss setzen zu lassen. Dem Nationalrat wird ein entsprechender Antrag vorgelegt werden. Die Regierung setzt sich mit diesem Antrag in offenen Widerspruch zuder bisher geltenden Praxis und zu einem Bundesratsbeschluss vom Jahre 1919.

Die Bundesregierung hat ferner beschlossen, alle Mitglieder der Kommunistischen Partei und solche, die in kommunistischen Organisationen mitwirken, am 31. Dezember aus der Bundesverwaltung zu entlassen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Panoptikum der Zeit.

Dieses war der letzte Streich...

SPD. Um dem bekannten dringenden Bedürfnis abzuhelfen, lässt der Verlag der "Fliegenden Blätter" jetzt Wilhelm Buschs "Max und Moritz" auf - lateinisch erscheinen!

Opfer des hl. Bürokratius.

Zweihundert Singvögel sollten von Oesterreich nach der Tschechoslowakei gesandt werden. An der Grenze wurde die Sendung aufgehalten, da sie gegen die Devisenbestimmungen verstieß. Absender und Empfänger verhandelten mit den Behörden; endlich wurde die Freigabe erreicht. Leider war es einen Tag zu spät; denn als die Vögel am Reiseziel anlangten, waren sie - verhungert.

Statistik der Landstrasse.

Anlässlich der Jubiläumsfeier einer norddeutschen Wanderherberge wurde darauf hingewiesen, dass die schätzungsweise Zahl der "Tippelbrüder" in Deutschland zur Zeit 600 000 Männer und 12 000 Frauen betrage. Darunter befinden sich Angehörige aller Berufe.

Kuriosa der Not.

Die Katastrophe der kleinen Landgemeinden und Mittelstädte schreitet unaufhaltsam vorwärts. In Ixheim (Pfalz) haben die Gemeindebeamten schon seit vielen Wochen keine Gehälter mehr erhalten; die Wohlfahrtsunterstützungen der letzten Zahltag konnten nur aufgebracht werden, nachdem der Bezirksamt = mann ein privates Darlehen aufgenommen hatte. Die beiden Thüringer Landgemeinden Meuselbach = Schwarzmühle haben die Erhebung der Bürgersteuer in Höhe von 2.400 Prozent des Landessatzes vorgeschlagen. In Eiserfeld und Gosenbach im Rheinland, zwei Industriegemeinden, mussten die Volksschulen geschlossen werden, weil in der Gemeindekasse kein Geld für Heizmaterial vorhanden ist; dort stehen etwa 95 Prozent der Arbeiterbevölkerung in öffentlicher Fürsorge. In Solingen, der Stahlstadt, werden von 140 000 Menschen 60 000 aus öffentlichen Mitteln unterhalten; die Stadt ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. In Teublitz schicken die Wohlfahrtsempfänger ihre Kinder nicht mehr zur Schule, da sie bei den niedrigen Unterstützungssätzen den Kindern keine ausreichende Kleidung verschaffen können...

Ein versinkendes Dorf.

Im Hunsrück versinkt das Dorf Waldalgesheim seit Jahren immer tiefer in die Erde. Während des Krieges wurde hier Raubbau an Manganerzen getrieben; nach dem Krieg stellte man die Förderung ein, ohne die Schächte zuzuschütten. Daraufhin zeigten sich Risse in den Häusern, ganze Strassenzüge verschwanden langsam im Erdboden, mitten im Dorf bildeten sich tiefe Wasserlöcher, ein See entstand. Von fast 300 Häusern sind 50 schon verschwunden.

Gibt es noch Analphabeten?

Eine neue Statistik stellt fest, dass von den Einwohnern über 10 Jahren weder lesen noch schreiben können: in Frankreich 5,9 %, Polen 32,7 %, Portugal 65,2 %, Griechenland 43,4 %, Russland 48,7 %, Indien 90,6 %. In Deutschland, Skandinavien, England, Holland, Oesterreich und der Schweiz ist der Analphabetismus gleich Null.

+ + +

Leidenschaft - wofür? Am Freitag-Mittag wiesen die Bahnsteige des Wiener Zentralbahnhofs einen Andrang auf, wie man ihn hier seit Beginn des Weltkrieges nicht wieder beobachtet hat: die österreichische Fussball-Länder-Mannschaft reist zum Fussballkampf gegen England ab. Als 5 000 Personen auf die Bahnsteige zugelassen waren, wurde der Kartenverkauf eingestellt.

+ + +
Um 68 000 Mark. In einigen Tagen wird vor dem Zivilgericht Bayreuth über den Entschädigungsanspruch des 70jährigen Brauereibesitzers Kommerzienrat Meussdörfer verhandelt, der unter dem Verdacht der Ermordung seiner Frau monatelang im Gefängnis sitzen musste, nachdem die wahren Mörder längst ein Geständnis abgelegt hatten. Meussdörfer hat den bayerischen Fiskus um eine Entschädigung in Höhe von 68 000 Mark verklagt. Dieselben Richter, die seinerzeit die Haftentlassungsanträge Meussdörfers abgelehnt hatten, sollen jetzt über die moralische Berechtigung des Entschädigungsanspruchs verhandeln. Die wirklichen Mörder, zwei Männer namens Schubert und Popp, an deren Schuld die Staatsanwaltschaft Bayreuth unbegreiflich lange gezweifelt hatte, sind seinerzeit wegen schweren Raubes mit tödlichem Ausgang zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden.

+ + +
Fritz Heinemann. Der bekannte Berliner Bildhauer Fritz Heinemann brach infolge eines Herzschlags tot zusammen.

+ + +
Mord. In einem Walde in der Nähe von Dienststadt (Thüringen) wurde ein 27jähriger Schneidergeselle von unbekanntem Täter erschossen. Ueber die Motive der Tat konnten noch keine Feststellungen getroffen werden.

+ + +
"Die Schlacht bei Leuthen..." Bei den unter Mitwirkung von 1200 Mann Reichswehr in Döberitz bei Berlin gedrehten Aufnahmen zu dem Film "Der Choral von Leuthen" kam es zu einem Unglücksfall. Mehrere Pferde wurden durch den grellen Schein einer grossen Jupiterlampe scheu, brachen aus und rasten in die Reihen der "Infanterie". Mehrere Reichswehrsoldaten wurden verletzt.

Die berechnete Frage, warum überhaupt Militär bei derartigen Filmen mitwirken muss, beantwortet das Reichswehrministerium damit, dass Soldaten nur dann für Filmaufnahmen zur Verfügung gestellt werden, wenn es sich um die Erfüllung von Aufgaben handelt, denen Berufskomparsen nicht gewachsen seien. Ausserdem zeigt das Reichswehrministerium gerade für den Film "Der Choral von Leuthen" besonders grosses Interesse. Damit dem Regisseur Karl Fröhlich kein strategischer oder militärtechnischer Fehler passiert, hat man ihm einen Stab von nur 40 Offizieren beigegeben.

+ + +
Talsperrenweihe! Am Freitag mittag wurde in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Reiches und der Länder zwischen Saalfeld und Schleiz bei Saalburg die 215 Millionen Kubikmeter Wasser fassende Saaletalsperre eingeweiht. Die Fertigstellung der Saaletalsperre dauerte sechs Jahre. Auf einem Gebiet von 920 Hektar und 28 Kilometer Länge mussten u.a. 20 industrielle Anlagen und 120 Häuser, die ehemals von 700 Menschen bewohnt waren, unter Wasser gesetzt werden. Das mit der Sperre verbundene Kraftwerk wird den von vier Turbinen erzeugten Spitzenstrom (Jahresmenge 50 Millionen KW) über 50 000- und 100 000 Voltleitungen nach Thüringen, Sachsen und Preussen liefern.

Durch die Saaletalsperre werden die Reize des thüringischen Berglandes um ein romantisch-schönes Fremdenverkehrsziel vermehrt. Die wasserwirtschaftliche Bedeutung der Talsperre liegt darin, dass der Elbwasserstand von der Saalemündung bis nach Magdeburg hin durch Abgabe von Zuschusswasser in Trockenzeiten beträchtlich erhöht werden kann. Es wird auf diese Weise möglich sein, die bisher auf dieser Strecke regelmässig auftretende Behin-

derung der Binnenschifffahrt zu beheben. Wenn Wasserzuschuss nicht benötigt wird, bleibt der Stausee den Sommer über gefüllt. In Trockenzeiten kann der Stauseewasserspiegel um 27 Meter gesenkt werden.

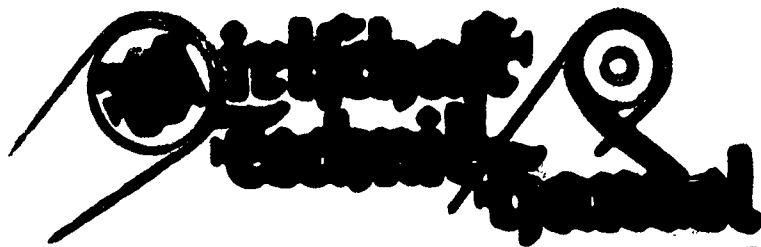
+ + +
Strafantrag gegen Wacker. Im Prozess gegen den jungen Berliner Kunst-
händler Wacker, der beschuldigt wird, über 30 gefälschte van Gogh-Bilder
im Bewusstsein ihres Unwertes als echt verkauft zu haben, beantragte der
Staatsanwalt am Freitag, den Angeklagten wegen Betruges und schwerer Ur-
kundenfälschung zu 2 Jahren und einem Monat Gefängnis zu verurteilen. Die
Vorinstanz hatte auf ein Jahr Gefängnis erkannt.

Der Röntgenfachmann Wehlte hat sämtliche zur Verhandlung stehenden Bil-
der als Fälschungen erklärt. Ueber ihre Herkunft machte der Angeklagte bis
zum Ende der Verhandlung geltend, dass er die inkriminierten Bilder von ei-
nem in der Schweiz lebenden russischen Emigranten aristokratischer Herkunft
als Van Gogh-Originale erworben habe. Wacker erklärte jedoch immer wieder,
dass er nicht berechtigt sei, den Namen dieses Emigranten zu nennen. Er
fürchtete angeblich, dem Vorbesitzer, der zur Ausfuhr der Bilder aus Sowjet-
russland nicht berechtigt gewesen sei, Ungelegenheiten zu machen. Der als
Zeuge vernommene frühere Leningrader Rechtsanwalt Blumenfeld, der von 1922
bis 1932 beim Leningrader deutschen Generalkonsulat als Rechtsberater tätig
war, bekundete indessen, dass nach dem neuen russischen Strafrecht unberech-
tigte Ausfuhr von Kunstwerken nur mit leichten Strafen gesühnt werde. Im
übrigen gab der Zeuge - gemeinsam mit dem Leningrader Kunstgeschichtspro-
fessor Graf Subow und dem früher in Russland ansässigen deutschen Kaufmann
Kahle - an, dass ihm von einem grösseren von Gogh-Besitz in Russland nichts
bekannt sei. Die Zeugen bewiesen weiterhin die Unwahrscheinlichkeit eines
solchen Besitzes. So kam es, dass die Vernehmung des Angeklagten sich immer
von neuem auf die Frage nach der Existenz des geheimnisvollen Vorbesitzers,
dem sich Wacker angeblich durch ein Ehrenwort verpflichtet fühlen will, kon-
zentrierte. Nachdem noch der Vorsitzende dem Angeklagten das Angebot gemacht
hatte, mit dem Staatsanwalt zu dem geheimnisvollen Russen in die Schweiz per
Flugzeug zu reisen, erklärte Wacker schliesslich, er wünsche überhaupt nicht
mehr nach dem Vorbesitzer gefragt zu werden...

Auf Grund dieses Tatbestandes hat der Staatsanwalt den Angeklagten für
überführt erachtet. Der geheimnisvolle Russe sei eine Märchenfigur. Der ästhe-
tischen Beurteilung der Bilder durch die Sachverständigen könne das Gericht
deshalb nicht folgen, weil sich jedem ästhetischen Standpunkt ein anderer
zur Widerlegung entgegenstellen liesse. Zudem liefere das Ergebnis der
Wehlte'schen Röntgenprüfung einen einwandfreien Schuldbeweis.

+ + +
"Blutlust". In Nairobi (Ostafrika) wurde Charles William Ross, der
20jährige Sohn des bekannten früheren Afrikaforschers Ross, wegen Doppelmords
zum Tode verurteilt. Der Angeklagte hat zwei junge Mädchen im Anschluss an
eine Kinovorstellung ins Innere des Landes entführt und in einer einsamen
Gegend umgebracht. Zur Suche nach den Leichnamen wurden Flugzeuge zur Verfü-
gung gestellt. Kurz nachdem die Leichen am Rande eines Kraters gefunden worden
waren, stellte sich der Mörder der Polizei. Er behauptete, sich an nichts er-
innern zu können. Die als Zeugen vernommenen Freunde glaubten eine Erklärung
für die Tat in ererbter "Blutlust", die schon den Vater des Mörders zweifel-
haft ausgezeichnet habe, zu finden. Das Gericht konnte sich nicht dazu ent-
schliessen, diese unglückliche Erbschaft als Milderungsgrund zu werten.

+ + +
Drama der Mutter. In Köln stürzte sich ein junges Mädchen, das vor 14 Ta-
gen Mutter geworden war, aus dem vierten Stock auf die Strasse. Die Lebensmüde
fiel in die Spitzen eines Torgitters, und spießte sich auf. Von den Eisenstan-
gen durchbohrt wurde sie tot aus dem Gitter gezogen.



Kontingentierungsbilanz.

Exportrückgang um die Hälfte bis zu zwei Dritteln. - Barone besorgen die Geschäfte der englischen Exporteure.

SPD. Der verhängnisvolle Kurs der deutschen Zoll- und Handelspolitik hat der deutschen Exportindustrie empfindliche Verluste zugefügt und die Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland verringert. Es ist natürlich unmöglich, rechnermässig genau festzustellen, welcher Teil des deutschen Ausfuhrverlustes auf äussere Umstände, so auf Einfuhrbeschränkungen, die Entwertung des englischen Pfundes usw., zurückzuführen ist und in welchem Ausmasse die eigenen Absperrungsmassnahmen, die Kontingentierungspläne der Regierung Papen und das Treiben der unglücklichen "Tomatenkommission", gewirkt haben. Eine nähere Betrachtung der Entwicklung des deutschen Exports im dritten Vierteljahr 1932 zeigt jedoch, dass die Kontingentierungspläne der Baronsregierung dem deutschen Export auf wichtigen Märkten schwere Schläge versetzten.

Am sichtbarsten und am stärksten sind die Exporteinbussen auf den skandinavischen Märkten, insbesondere auf dem dänischen Markt. In den Jahren 1929/30 nahm Dänemark für 1/2 Milliarde deutsche Waren ab. Im Jahre 1931, insbesondere nach der Pfund- und Kronenentwertung, setzte zwar ein Rückgang des deutschen Exports ein; immerhin betrug die Ausfuhr nach Dänemark im Jahre 1931 noch 370 Millionen Mark oder rund 90 Millionen Mark im Vierteljahrsdurchschnitt. Der berüchtigte Butterkrieg und schliesslich die Ankündigung der Kontingentierungen haben die deutsche Ausfuhr nach Dänemark auf einen Bruchteil gesenkt. Im 3. Vierteljahr 1932 betrug sie nur noch 36 Millionen Mark. Früher stammte die dänische Ausfuhr zu rund 33 % aus Deutschland; gegenwärtig sind es etwas 15 %. Die dänischen Importeure decken sich mehr und mehr in England ein. Dahin wirkt auch die dänische Devisenbewirtschaftung, die als Massnahme gegen die deutsche Absperrung gedacht ist. Während noch vor Jahresfrist der deutsche Export nach Dänemark doppelt so hoch war als der Englands, ist heute die englische Ausfuhr nach Dänemark beträchtlich grösser als die Deutschlands. Wie sehr diese Entwicklung auf die unheilvolle deutsche Handelspolitik zurückzuführen ist, beweist wohl am besten die Tatsache, dass die amerikanische Industrie ihre Stellung auf dem dänischen Markt annähernd behaupten konnte.

Auch in Schweden, in Finnland und ferner in Holland ist, besonders für das letzte Vierteljahr, ein aussergewöhnlicher Rückgang der deutschen Lieferungen und eine sichtbare Zunahme des Warenbezugs aus England festzustellen. Auch hier kann man die Entwicklung keineswegs nur durch die Pfundentwertung, die ja nun schon über ein Jahr andauert, erklären; wie in Dänemark spielen auch hier die Dummheiten der deutschen Handelspolitik eine bedenkliche Rolle.

Ausfuhr Deutschlands		Ausfuhr Englands	
3. Quart. 1931	3. Quart. 1932	3. Quart. 1931	3. Quart. 1932
in Millionen Mark		in 1000 Pfund	
		1 Pfd. = 20,43 RM)	(1 Pfd. = 14,50 RM)

Dänemark	96	36	2008	2284
Schweden	118	55	1850	1551
Niederlande	243	150	3976	3336
Schweiz	178	90	972	770
Finnland	24	12	396	663.

Die Ausfuhr Deutschlands ist nach den Ländern, die von den deutschen Agrarzollerhöhungen und dem Butterkrieg am stärksten berührt wurden, seit Jahresfrist wertmässig um die Hälfte, teilweise sogar um 2/3 gesunken; mengenmässig ist der Rückgang etwas geringer. Die englische Ausfuhr konnte sich auf diesen Märkten mengenmässig behaupten, teilweise sogar steigern. Die 10 europäischen Länder, die durch den handelspolitischen Kurs Deutschlands während des letzten Jahres und durch die Kontingentspläne der Barone am stärksten betroffen wurden, also die skandinavischen Länder, die Randstaaten, Italien, die Schweiz und Belgien, nahmen im Jahre 1931 nicht weniger als 36 % der deutschen Ausfuhr auf; im 3. Vierteljahr 1932 dagegen nur noch etwa 29 %. Unsere Ausfuhr ist nach diesen "Gefahrenzonen" viel stärker zurückgegangen als nach den sonstigen deutschen Ausfuhrländern.

Und die so gefährdeten Märkte waren nach dem Kriege die besten Märkte für die deutsche Wirtschaft. Gerade Nordeuropa und Holland haben sich in der Nachkriegszeit für Deutschland zu äusserst wichtigen Absatzgebieten entwickelt, wie die deutsche Wirtschaftsenquête öfters feststellte. Die Ausfuhr nach diesen Ländern hat sich in der Nachkriegszeit mengenmässig fast verdoppelt. Der hier erzielte Gewinn konnte z.T. die Verluste auf andern Märkten ausgleichen. Wenn die Dinge so liegen, dann hat das alte Kaufmannswort, Sinn, wonach eine Hand die andere zu waschen hat. Wir wollen uns aber mit unserer Kontingentierungs- und Absperrungspolitik die Hände waschen lassen und den andern dafür Maulschellen austeilten. Das geht natürlich nicht, wie die Entwicklung unseres Exports in den letzten Monaten zeigt. Die Sozialdemokratie hat in der Zeit, wo sie regierte, den Warenaustausch mit dem Auslande wieder aufgebaut, Handelsbeziehungen, Absatzmärkte und Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Mit der Lüge, der Marxismus habe die Wirtschaft geschädigt und brach gelegt, ist die politische Reaktion ans Ruder gekommen. Sie ist dabei, gründlich zu zerschlagen, was in den Jahren des Aufbaus geschaffen worden ist. Millionen bezahlen das mit Arbeitslosigkeit und Hunger.

Wie lange soll das noch so weitergehen?

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank hat sich die Währungsreserve in der letzten Novemberwoche um 3,5 Millionen auf 937 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der Noten verringerte sich infolge der gestiegenen Ansprüche an den Reichsbankkredit von 28,2 % in der dritten Novemberwoche auf 26,5 %. Die Ausleihungen haben sich entsprechend den am Monatsabschluss stärker werden den Anforderungen aus der Wirtschaft um 351 Millionen Mark auf 3367,7 Millionen Mark gesteigert. Bei den Reichsschatzwechseln liegt eine Erhöhung um 28,1 auf 34,6 Millionen Mark vor.

SPD. Der russische Aussenhandel weist für die Monate September/Oktober einen Ausfuhrüberschuss aus. Diese Entwicklung findet allenthalben eine starke Beachtung. Im Grunde genommen zeigt sie, wie stark der russische Industrieaufbau von der Weltwirtschaftskrise erfasst worden ist. Weder Frankreich noch Russland, die eine Zeit lang als Konjunkturinseln galten, sind von der Krise verschont geblieben.

Das bessere Ergebnis im russischen Aussenhandel dürfte einmal darauf beruhen, dass die Russen ihre Getreideexporte nach der Ernte stark steigerten. Ähnliches erleben wir jedes Jahr auf dem Getreidemarkt. Im vorigen Jahr verringerte sich z.B. die Passivität des russischen Aussenhandels ganz bedeutend, ohne dass es jedoch zu einem Ausfuhrüberschuss kam. Diesemal kan zu den Verbesserungen des russischen Aussenhandels durch die gesteigerten Getreideexporte noch eine weitgehende Einschränkung der Einfuhren. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die Weltwirtschaftskrise den russischen Industrieaufbau ganz empfindlich stört. Der Industrieaufbau erfolgt in Russland mit Hilfe von Krediten, die aus kapitalistischen Ländern hereingeholt werden. Es handelt sich aber nicht um Barkredite, sondern um Kredite in Waren. Mit der fortschreitenden Krise haben sich die Möglichkeiten verringert, solche Warenkredite durchzuführen. So ist die russische Wareneinfuhr während der ersten neun Monate des laufenden Jahres auf etwa 550 Millionen Rubel zurückgegangen gegen rund 805 Millionen Rubel in der Zeit des Vorjahres. (Rückgang fast 32 %) In dem Rückgang spiegeln sich gedrosselte Kreditaktionen. Der Rückgang in den Auslandskrediten dürfte auch viel grösser sein, als die Zahlen der russischen Wareneinfuhr erkennen lassen; denn die Russen haben die Einfuhr von Verbrauchswaren seit Monaten stark verringert, während sie die Importe an Produktionsgütern, also die Einfuhren an Maschinen, Werkzeugen usw., z.B. aus Deutschland, England und Frankreich, sogar noch steigerten.

SPD. Die bereits im September einsetzende Belebung des Güterverkehrs bei der Reichsbahngesellschaft hielt im Oktober an. Auch der Personenverkehr im Oktober zeigte eine gewisse Belebung durch Herbstferien, Ausstellungen usw. und blieb in diesem Jahr nicht hinter dem Vormonat zurück. Die Einnahmen für den Oktober sind mit 258,26 Millionen Mark angegeben gegenüber Ausgaben in Höhe von 269,924 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen stiegen gegenüber September um 9 Millionen Mark. Der Personalbestand verringerte sich von 600 105 Köpfen im September auf 567 043 Köpfe. Der Rückgang ist u.a. auf Einschränkungen im Zugverkehr infolge Einführung des Winterfahrplans zurückzuführen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung vom 2. Dezember in RM je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10 - 1,20, rote 1,25 - 1,30, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20, andere gelbfleische 1,30 - 1,40. Fabrikkartoffeln 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Grössere Stützungskäufe

(Berliner Getreidebörse vom 2. Dez.)

SPD. Da die Meinungen an der Börse durchaus darüber geteilt waren, wer im neuen Kabinett Reichslandwirtschaftsminister wird, und weil in weiten Kreisen die Auffassung vorherrscht, dass die Stützungen im bisherigen Ausmass unmöglich fortgesetzt werden können, herrschte am Freitag sehr gedrückte Stimmung. Das Angebot an Weizen und Roggen war an beiden Märkten weit stärker als in den Vortagen. Dazu kam das völlig versackte Mehlggeschäft. Die Stützungsstellen mussten am Lieferungsmarkt ganz beträchtliche Mengen aufnehmen, um die Vortagsnotierung zu halten. Im Effektivgeschäft rutschten die Preise für beide Brotgetreidearten um rund 1 Mark ab.

	1.12.	2.12.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	193 - 195	192 - 194
Roggen	154 - 156	153 - 155
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	124 - 129	123 - 128
Roggenmehl	19,75 - 22,10	19,75 - 22,10
Weizenmehl	24,00 - 27,00	24,00 - 27,00
Weizenkleie	9,45 - 9,75	9,45 - 9,75
Roggenkleie	8,75 - 9,10	8,80 - 9,15

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $205\frac{3}{4}$ - $205\frac{1}{2}$ (Vortag $205\frac{3}{4}$), März $207\frac{1}{2}$ - $207\frac{1}{2}$ ($207\frac{1}{2}$), Mai 211 - $210\frac{3}{4}$ (211). Roggen Dezember $165\frac{1}{2}$ - $165\frac{1}{4}$ (166), März $169\frac{1}{2}$ - $169\frac{1}{2}$ ($169\frac{3}{4}$), Mai $173\frac{1}{4}$ - 173 ($173\frac{1}{2}$). Hafer Dezember - bis $130\frac{1}{2}$ (131), März - bis 134 (134), Mai - ($137\frac{1}{2}$).

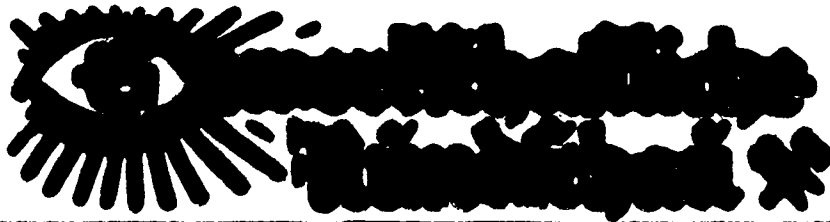
Berliner Viehmarkt.

(2. Dez.)

SPD. Rinder wurden durchweg zu höheren Preisen gehandelt, da das Angebot nicht genügte. Dagegen waren auf den andern Märkten die Zufuhren ausreichend. Bei Schweinen gaben die Preise in allen Klassen bei ruhigem Geschäft nach. Lebhafter war der Handel auf dem Hammelmarkt. Auf dem Kälbermarkt wurden gute Tiere gesucht.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240 - 300 Pfd. 40 - 41 (42-43), c) 200 - 240 Pfd. 38 - 40 (40-42), d) 160 - 200 Pfd. 36 - 37 (37 - 39), e) 120 - 160 Pfd. 33 - 34 (35-36). Sauen 35 - 36 (36-38). Kühe: a) 24 - 26 (-), b) 20 - 23 (18-22), c) 15 - 18 (15-17), d) 10 - 14 (9-14). Kälber: a) - (-), b) 36 - 43 (38-46), c) 24 - 35 (25-38), d) 15-22 (16-22). Schafe: b) 27 - 29 (28-30), c) 25 - 26 (25-27), d) 14 - 24 (16-24).

SPD. Die Stadt Dresden hat am Freitag die fälligen Zinsen für ihre Anleihe wieder nicht zahlen können.



Helft den jungen Erwerbslosen!

Ein dringender Appell.

SPD. Anscheinend ist die besondere Notlage der jüngeren Erwerbslosen allgemein bekannt. Anscheinend sind auch bereits ausreichende Hilfsmassnahmen zur Linderung ihrer Not getroffen. So hörte man erst kürzlich davon, dass nun auch für die Arbeitsdienstwilligen, die infolge des Winters oder infolge des Ablaufs der zuständigen Förderungszeit nicht wieder beschäftigt werden können, gesorgt sei: sie können nun auch an den beruflichen Schulungskursen für jüngere Erwerbslose teilnehmen. Anscheinend ist alles in bester Ordnung. Tatsächlich weisen jedoch die bisher für die jungen Erwerbslosen getroffenen Hilfsmassnahmen schwere Mängel auf. Dieser Uebelstand muss so rasch wie möglich beseitigt werden, und zu diesem Zweck richtet der Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Maschke, folgenden dringenden Appell an die massgebenden Stellen:

Ende Juli 1932 waren nach den Feststellungen der Arbeitsämter ca. 1 Million männlicher und ca. 400 000 weiblicher Arbeitsloser unter 25 Jahren vorhanden. Von diesen jungen Erwerbslosen - es sind bestimmt mehr als 1,5 Millionen, da die Zählung der Arbeitsämter nur die gemeldeten Arbeitssuchenden erfasst - erhält höchstens rund die Hälfte Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Für die kommenden 4 Monate können nur etwa 100 000 Erwerbslose im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden. Weiter werden etwa 300 000 Jugendliche an den beruflichen Schulungskursen der Arbeitsämter teilnehmen können. Die Arbeitsämter haben aber keine Mittel, um den Kurssteilnehmern auch eine unmittelbare Hilfe, etwa eine Mahlzeit, zu bieten. Infolgedessen wird den bisherigen Teilnehmern am Freiwilligen Arbeitsdienst, die weiter wie früher keinerlei Unterstützung erhalten, nicht die geringste Hilfe zuteil, wenn sie auch zu Schulungskursen zugelassen werden. Was bisher aus Mitteln der Jugend- oder Wohlfahrtspflege geleistet wurde, dürfte für diesen Winter erheblichen Einschränkungen unterliegen. Die von Berufs-, Jugend- und Sportverbänden bisher getroffenen Erwerbslosen-Zusammenkünfte können wegen der fehlenden Mittel - Preussen hat gegen das Vorjahr die Haushaltsmittel für Erwerbslosenbetreuung von 1 Million auf 50 000 RM und die für die Jugendpflege von 3 Millionen auf 750 000 RM herabgesetzt - nur noch in ganz bescheidenem Umfang weitergeführt werden. An eine Gewährung von Mahlzeiten war in diesen Veranstaltungen bisher schon nur unter besonders günstigen Umständen zu denken; künftig wird davon überhaupt keine Rede sein können; denn die Verbände mit ihren vielen erwerbslosen Mitgliedern sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Welche Anziehungskraft aber Schulungsveranstaltungen auf junge Menschen, die im 3. ja im 4. Jahr erwerbslos sind, noch ausüben können, wenn für sie mit dem Besuch keinerlei direkte Erleichterung ihres schweren Schicksals verbunden ist, lässt sich unschwer ausmalen. Es werden also voraussichtlich nicht nur Zweidrittel von den 1½ Millionen junger Erwerbsloser ohne eine irgendwie gestaltete Ausfüllung ihrer freien Zeit verbleiben, es wird auch das Interesse der in Kursen und Erwerbslosen-Heimen zusammengelaufenen jungen Menschen an den für sie getroffenen Veranstaltungen aus begreiflichen Gründen sehr gering sein.

Die sich aus dieser Situation für die Jugend selbst, aber auch für Staat und Gesellschaft ergebenden Gefahren sind zu offenkundig, als dass sie noch ausführlich geschildert werden müssten. Die täglichen Polizeiberichte zeigen, wie in immer zahlreicher werdenden Fällen junge Menschen zu Taten getrieben werden, die sie mit dem Gesetz in Konflikt bringen. Soll die Hoffnungslosigkeit und die Not der jungen Erwerbslosen erst zu solchen Ausbrüchen der Verzweiflung führen, denen vielleicht mit polizeilichen Mitteln nicht mehr begegnet werden kann? Wir glauben, dass auch heute, wo vor lauter Sorgen um eine Regierungsbildung nicht regiert werden kann, sich für die Jugend des Volkes verantwortlich fühlende Stellen im Reich finden müssten, denen Vorbeugung und Hilfe für die Jugend besser erscheinen als Maschinengewehre und Zuchthaus.

Es ist bei gutem und energischem Willen auch jetzt noch nicht zu spät, die für den Winter unbedingt notwendigen Massnahmen zu treffen. Zweierlei muss geschehen: Erstens müssen die die jungen Erwerbslosen erfassenden Massenorganisationen in die Lage versetzt werden, in weitestem Umfang Veranstaltungen der verschiedensten Art für die erwerbslose Jugend zu treffen, indem ihnen kostenlos geeignete Räume oder die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Zweitens muss ermöglicht werden, dass bei all diesen Erwerbslosenveranstaltungen wie auch bei den Kursen der Arbeitsämter und sonstigen Schulungsmassnahmen wenigstens eine warme Mahlzeit und ein kräftiges Stück Brot gegeben wird. Diese Hilfsmassnahmen müssen vom Reich aus und zwar zweckmässigerweise über die Arbeitsämter durchgeführt werden; denn die Arbeitsämter sind schon seit längerer Zeit die Stellen, in denen alle Hilfsmassnahmen für die jüngeren Erwerbslosen ihre Zusammenfassung finden sollen.

Man verweise nicht auf Volksküchen und Erwerbslosenspeisungen. Die von diesen Stellen ermöglichten Leistungen berühren das vorliegende Problem nicht. Eine Winterhilfe für die jungen Erwerbslosen muss geschaffen werden - eine Winterhilfe, die diesen Namen auch wirklich verdient. Holt der hungernden Jugend!

SPD. In Berlin wird zur Zeit in einem ehemaligen Verwaltungsgebäude des Gesamtverbandes ein grösseres Wohnheim für jugendliche Erwerbslose eingerichtet. Das Wohnheim entsteht mit der Hilfe des "Sozialen Dienstes", den die Gewerkschaften ins Leben gerufen haben, und von dem heute bereits etwa 30 000 Jugendliche erfasst werden.

Der Grundgedanke der Erwerbslosen-Wohnheim besteht, wie die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer betont, vor allem darin, den jugendlichen Erwerbslosen, der kein Zuhause hat oder dessen Angehörige ebenfalls erwerbslos sind, aus einer verzweifelten materiellen und seelischen Notlage herauszuführen. In einer Gemeinschaftswohnung, die etwa 15 bis 20 Erwerbslose umfasst, könne der Einzelne über mehr und besseren Wohnraum verfügen als in der Schlafstelle. Diese koste mindestens 3,50 bis 4 Mark die Woche, während z.B. nach den in Breslau gemachten Erfahrungen der Wohnungskostensatz eines Wohnheims 9 Mark monatlich einschliesslich Licht, Heizung, Waschen der Bettwäsche und der Handtücher (reines Mietsaufkommen 6 Mark!) betrage. Die Wohngemeinschaft umfasse auch eine gemeinsame Wirtschaft. Im Breslauer Wohnheim zahle jeder monatlich 20 Mark für die Ernährung (drei Mahlzeiten am Tag).

Den Wohnheimen sollen, wie die Gewerkschaftszeitung weiter mitteilt, Werkstätten angegliedert werden, in denen die Jugendlichen Gebrauchsgegenstände für die Heime anfertigen, sowie Reparaturen für bedürftige Erwerbslose ausführen. Wenn für die angegliederte Werkstättenarbeit die Förderfähigkeit im FAD durchgesetzt werden könne, werde es möglich sein, die Heime auf eigene Füsse zu stellen.

SPD. In der Rathenower Dampfmühle A.G. wird zur Zeit ein Abwehrstreik gegen Lohnabbau geführt. Die Firma glaubte einen Abbau um 15 % diktieren zu können. Die Belegschaft beteiligt sich restlos am Streik.

SPD. Die Arbeitslosenversicherungspflicht unständig beschäftigter Hafenarbeiter gilt jetzt für die Dauer. Die bisherige Befristung wurde durch den Reichsarbeitsminister vor kurzem aufgehoben.

SPD. In England haben die vier grössten Eisenbahngesellschaften eine Kürzung der Löhne und Gehälter um 10 % gefordert. Die Gewerkschaften haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie auf keinerlei Lohnkürzung eingehen. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses wird erst in der nächsten Woche fallen.

SPD. Die Gewerkschaft "Zukunft" in Weissweiler bei Düren will 220 Arbeiter etwa 25% der Belegschaft, vor Weihnachten entlassen.

SPD. Bei der sächsischen Regierung haben am Freitag zwecks Abwendung der geplanten Stilllegung der deutschen Jutespinnerei und Weberei in Meissen Verhandlungen stattgefunden mit der Verwaltung der Braunschweigischen Aktiengesellschaft für Jute- und Flachspinnerei in Braunschweig - ihr gehört die Meissner Deutsche Jutespinnerei - sowie mit Vertretern der Stadt Meissen, mit der Belegschaft und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Man sucht nach Mitteln und Wegen, um die Stilllegung des Werkes, das 600 Arbeiter beschäftigt, zu verhüten. Im Anschluss an die Verhandlungen im grössten Kreis folgten vertrauliche Besprechungen der Behördenvertreter mit den Vertretern vom Vorstand und Aufsichtsrat der Braunschweigischen Gesellschaft. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Einstweilen wurde jedoch die Entlassung der Arbeiter und Angestellten bis gegen Ende des Jahres aufgeschoben. Diesen wichtigen Zeitgewinn verdankt die Belegschaft nicht zuletzt dem Eingreifen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dobbert, der auch an den Verhandlungen teilgenommen hat.

SPD. Der Arbeitgeberverband Deutscher Tafelglashütten hat den Lohn= tarif für die deutschen Farbenglashütten zu Ende Dezember gekündigt. Er will einen weiteren Lohnabbau.

Für die Grosshamburger Eisenindustrie ist der Rahmentarifvertrag, der erst vor einiger Zeit wieder in Kraft gesetzt wurde, von den Arbeitgebern gekündigt worden.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 2. Dezember 1932.

Der Schupo.^x

SPD. Immer hatte er zu ihnen gehört: zu denen, die erwerbslos die Strassen bevölkerten, die die Fabriken und Werkstätten füllten, zu denen, die unter roten Fahnen demonstrierten, turnten, sangen und Feste feierten. Aus ihren Reihen war Karl Th., der Schupo, gekommen. Seine vorzüglichen Leistungen als Sportler, sein aufgeweckter Sinn für alles um ihn herum, vor allem aber die "Beziehungen" eines Onkels hatten ihn aus der Masse herausgerissen und in die Schupokaserne gelangen lassen.

Karl Th. war ein guter Schupo geworden. Er fühlte sich trotz zeitweise übersteigerten Drills als Mensch, fühlte sich auf zwölf Jahre versorgt, und da er im Polizei-Sportverein als Kanone galt, genoss er manchen Vorzug. Niemand ward daher gegen ihn ausfällig, oder wagte gar, ihn zu denunzieren, wenn er in der Unterkunft unverhohlen seine Sympathie für die Menschen äusserte, die seinen Kameraden mehr Arbeit machten, als es in einer Mittelstadt Diebesgesindel und Verbrecher tun - für die Arbeitslosen. Bitter weh tat es ihm, wenn er allein oder als Angehöriger des Ueberfallkommandos vor sie treten und sie "zerstreuen" musste. Die meisten seiner Kameraden waren "Söhne achtbarer Eltern", überzählige Jungen von Bauernhöfen, die über die Landwirtschaftskammer in die Schupo gelangt waren und sich heute als notwendige Ordnungshüter gegen das städtische Proletariat fühlten. In seinem Zuge war er, Karl Th., als einziger einmal selber arbeitslos gewesen und monatelang jeden zweiten Tag zum Stempelamt gepilgert. Er wusste: die da hungernd und frierend in Gruppen beieinander standen und ihre Lage diskutierten, die hatten ein Recht auf die Strasse, die waren berechtigt, gegen Notverordnungen und Gummiknüppel zu protestieren; ja, die einzige Verwarnung, die er im Dienst erhielt, erfolgte, weil er radikalen Erwerbslosen das scheinbare Recht auf die Plünderung von Lebensmittelschaufenstern zugestanden hatte. Oberleutnant Hengst, der Bereitschaftsführer, musste, als Karl Th. diese Ansicht in einer Instruktionsstunde kundtat, ihn vortreten lassen und verwarnen. Hengst war als Menschenfreund bekannt. Er hatte damals mit Karl Th. noch eine Unterredung, in der er ihn in seiner sympathischen Art eindringlich vor ähnlichen Äusserungen warnte, denn in der Instruktionsstunde bei jedem andern Offizier würde ihm solche Auffassung glatt "das Genick gebrochen" haben.....

An einem Novembermittag wurde das Ueberfallkommando wieder einmal alarmiert. "Die Erwerbslosen randalieren!" hiess es. Im Schnellwagen ging's nach dem Rathausplatze. Dort hatten sich hunderte von Menschen angesammelt und riefen im Sprechchor ihre Forderungen gegen das Gebäude, nach den Fenstern des Magistrats hinauf. Eine Kommission wollte zum Bürgermeister vorgelassen werden, doch die Rathauswache verwehrte ihr den Zutritt zum Gebäude.

Dass die Uniformierten mit Johlen und Zurufen empfangen wurden, war verständlich. Die Welle der Erregung schwoll an, da die Beamten Befehl erhielten, den Gummiknüppel klarzumachen. Die Polizei drängte die Demonstranten ab. Schwer genug war das. Hatte man's hier geschafft, so waren sie dort wieder an das Rathaus herangekommen.

Schupo Karl Th. stand in der Höhe, wo die Kommission der Erwerbslosen immer wieder durch die Absperrkette ins Stadthaus zu kommen trachtete. Die Lage übersehend, wagte er es, den Oberleutnant Hengst zu fragen, ob man nicht

doch die Kommission zum Bürgermeister vorlassen solle. Der Vorgesetzte war einen Augenblick verduzt, gab dem Manne dann jedoch den Befehl, erst den Bürgermeister um sein Einverständnis zu befragen.

Was tat unser Schupo wohl lieber, als die Stufen des Rathausportals hinaufzueilen und sich beim Stadtoberhaupt "in dienstlicher Angelegenheit" melden zu lassen. Der Bürgermeister, sonst distinguiert und unerschrocken, glied angesichts des Lärms auf der Strasse einem Häuflein Elend. Der Beamte stellte seine Frage. Der Bürgermeister winkte ab. "Die sollen machen, dass sie fortkommen. Wir können nicht mehr leisten, als wir's ohnehin schon tun!" Das verstand Karl Th. nicht. Das Unglaubliche trat ein. Er liess sich hinreissen, dem Bürgermeister dringlich bittend zu sagen: "So empfangen Sie sie doch! Die Leute haben ein Recht darauf!"

"Herr! Was erlauben Sie sich? Wer sind Sie?"

"Oberwachtmeister Karl Th., Bereitschaft des Oberleutnants Hengst."

Was folgte, ward eine Tragödie, die nichts mehr mit der Erwerbslosendemonstration jenes Novembertages zu tun zu haben schien. Disziplinarverfahren. Aburteilung durch ein Dienstgericht. Das Urteil lautete auf sofortige Entlassung aus dem Polizeidienst. Gründe: Nichtausführung eines Befehls, grobe Anmassung und Aufsässigkeit.

Drei Wochen vor dem Weihnachtsfeste war Karl Th. wieder in den Reihen derer, die ihn zuvor noch als "Gummiknütteltrabant" gelästert hatten, in den Reihen der Erwerbslosen.....

Max Dutke.

----- Astrologischer Aberglaube.^x -----

SPD. Unserm so vielgerühmten aufgeklärten Jahrhundert blieb es vorbehalten, ein neues Aufblühen des uralten Aberglaubens der Sterndeuterei zu erleben. Immer wieder werden die durch keine exakten wissenschaftlichen Forschungen bewiesenen Behauptungen, zwischen bestimmten Gestirnstellungen und Menschenschicksal beständen Zusammenhänge, den Gläubigen ins Gedächtnis gehämmert, und von zufällig zutreffenden Propheziungen, die oftmals bei der deutlich sichtbaren Entwicklung der politischen Lage gar nicht schwer sind, wird ein grosses Theater gemacht, während die vielen nicht eintreffenden Voraussagen schnell übergegangen werden. Die wertvollste Verbündete des Aberglaubens ist die Vergesslichkeit der Menschen. Astrologische Organisationen sorgen heutzutage für eine umfangreiche Reklame ihrer Kunst, während ausserdem verschiedene grosse Tageszeitungen höchst überflüssigerweise Berichte von Astrologenkongressen in einer Ausführlichkeit bringen, die einer besseren Sache würdig wäre. Es ist dringend notwendig, dass endlich einmal berufene Männer der Wissenschaft mit dem Gewicht ihres Namens und ihres Amtes vom Standpunkte moderner Forschung aus in Form volkstümlicher Veröffentlichungen dazu Stellung nehmen, wie es vor einigen Jahren auch gegenüber der umstrittenen Welteislehre geschehen ist.

Der durch seine populärwissenschaftlichen Bücher und Aufsätze verdiente Robert Henseling hat kürzlich in der von ihm herausgegebenen ausgezeichneten Zeitschrift "Die Sterne" eine kleine Auslese von Tatsachen veröffentlicht, die der Gegenwart entstammen und mit der Astrologie zusammenhängen. Diese Ereignisse wirken in ihrer sachlichen Schilderung geradezu erschütternd. Nach dem Bericht einer Berliner Zeitung beging Anfang Juni dieses Jahres der talentvolle junge ostpreussische Lyriker Fritz Mallien Selbstmord. Ueber die wahren Gründe dieses Freitodes machte ein Freund des Verstorbenen, der ostpreussische Dichter Alfred Brust, aufschlussreiche Mitteilungen. Nach seinen Angaben ist Mallien Anfang dieses Jahres mit einem geheimwissenschaftlichen Kreise in Berührung gekommen, der seinen Sitz in Berlin hat und sich

hauptsächlich mit Astrologie beschäftigt. Einer dieser "Schicksalskünder" stellte dem jungen Manne ein Horoskop und sagte ihm mit Bestimmtheit voraus, dass er in kurzer Zeit Selbstmord begehen werde. Alfred Brust glaubt, dass der junge Dichter infolge seiner eigenartigen seelischen Veranlagung sich dieser Prophezeiung nicht habe entziehen können, dass das vorausgesagte Unglück in seinem Unterbewusstsein fortgesetzt weiterwirkte, bis er zuletzt seinem vermeintlichen Schicksal nicht mehr entrinnen zu können glaubte und unter der dauernden Einwirkung dieser Suggestion die Selbstbesinnung verlor. Solche Vorkommnisse konnten bei seelisch empfindsamen Menschen schon oft nachgewiesen werden. "Es ist wahrlich an der Zeit", so heisst es in dem Bericht jener Berliner Zeitung, "diesen Seelenpfuschern ihr - meist sehr einträgliches - Handwerk zu legen. Der Fall Mallien beweist die Notwendigkeit dieser Forderung".

Wie tief der Aberglaube der Astrologie schon ins Volk gedrungen ist, beweist ein anderer Fall. Die von der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift "Weltwirtschaft" brachte in ihrem Messesonderheft 1931 einen Artikel, dessen Beachtung besonders empfohlen wurde, und den Titel trägt: "Konjunktur und kosmischer Rhythmus". In diesem verschiedenen wissenschaftlich unrichtige Angaben enthaltenden Aufsatz wird der Versuch gemacht, die Abhängigkeit der grossen Konjunkturwellen und anderer Erscheinungen von Planetenkonstellationen statistisch zu beweisen. So erfährt man z.B., unterstützt durch entsprechende Diagramme, dass die langen Wellen der Konjunktur und die Grosskrisen von den Quadraturen des Uranus mit Neptun abhängen, die deutschen Konjunkturzyklen von den Quadraturen des Saturn mit Neptun. Man überlege: Saturn ist rund 1300 Millionen Kilometer von der Erde entfernt und Neptun etwa 4300 Millionen Kilometer. Diese fernen Planeten sollen die Konjunktur eines Landes beeinflussen, dessen Grenzen doch nur von Menschen gezogen wurden, und das in Wirklichkeit weiter nichts ist als ein winziges Fleckchen des Planeten Erde. Es muss noch bemerkt werden, dass zum engeren Vorstände der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft sehr prominente Leute gehören, wie z.B. bedeutende Wirtschaftsführer, Ministerialdirektoren, Staatsminister usw., die die astrologische Veröffentlichung in ihrer Zeitschrift kritiklos hinnahmen. Da ist es denn kein Wunder, dass die Astrologie auch schon in der Politik verschiedentlich eine Rolle gespielt hat. Der folgende Fall ist einer von vielen.

In Frankreich lebt die berühmte Hellseherin und Sterndeuterin Terfren Leila, der die Fähigkeit nachgerühmt wird, vor Beginn des Frankensturzes die kommende Inflation prophezeit zu haben. Diese berufsmässige Zukunftsdeuterin wurde Anfang vorigen Jahres von dem österreichischen Aussenminister Dr. Schober und dem Innenminister Winkler nach Wien eingeladen. Was sie diesen beiden Herren prophezeit hatte, ging im Januar 1931 durch eine grosse Zahl von Zeitungen. Nach ihren Deutungen sollte Oesterreich im Laufe eines Jahres einen Diktator bekommen, dessen Machtergreifung ein kleiner Krach mit Deutschland vorangehen wird. Italien wird Mitte des Jahres bei einem Konflikt mit Frankreich sich um Savoyen "vergrössern", während Oesterreich als Lohn für seine Neutralität den grössten Teil von Südtirol zurückerhält. Das Honorat, das diese Dame für ihre Deutungen erhielt, muss ziemlich gross gewesen sein, denn sie stellte dem Dr. Schober noch die österreichische Diktatur in Aussicht. Nach dem Tode des Dr. Seipel, so orakelte die moderne Pythia, wird Dr. Schober im Dezember Diktator, und zwar bis an sein Lebensende nach 25 Jahren. (Dr. Schober ist im letzten Sommer gestorben.)

Es ist meistens zwecklos, gegen solche unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit auftretende Vertreter des Aberglaubens und ihre Anhänger mit Vernunftgründen anzukämpfen. Da bei aller Forschung der modernen Wissenschaft noch viel zuentdecken übrig bleibt, so berufen sich diese Leute auf nichts lieber als auf das alte Shakespearewort: "Es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde als unsre Schulweisheit sich träumen lässt."

Einen ausserordentlich geschickten Weg zur Bekämpfung des Unfugs hat vor einiger Zeit eine grosse amerikanische Zeitschrift eingeschlagen, die unter anderem ein Astrologie-Preisausschreiben veröffentlichte. Um festzustellen, wieviel wirkliche Wissenschaft hinter diesem mystischen Lehren stecke, wurden viele hohe Preise ausgesetzt. Der Sterndeuter, der drei genaue, bis in alle Einzelheiten richtige Horoskope ausarbeitet, soll 1000 Dollar bekommen, und 5000 Dollar derjenige, der drei grosse Ereignisse voraussagt, die auf keinem andern Wege vorherbestimmt werden können. Jedes Ereignis muss genau beschrieben, und Örtlichkeit, Ursache und Folgen müssen bis in alle Einzelheiten angegeben sein. Vorläufig ist nur ein einziges Ergebnis bekannt geworden. Von der Leitung des Preisausschreibens bekam eine berühmte amerikanische Astrologin nähere Angaben über eine bekannte Persönlichkeit, ohne dass ihr natürlich gesagt wurde, um wen es sich handelte. Sie erhielt: Genaue Geburtsstunde, Geburtstag, Geburtsort, Jahr der Heirat, Geburt des ältesten Sohnes, Zahl der Kinder und Tod der Gemahlin. Damit hatte die Astrologin die genauen Daten des Exkaisers Wilhelm II. erhalten. In ihrem Horoskop schilderte sie aber allerlei unzutreffende Ereignisse. So erklärte sie das Jahr 1926 für bedeutungsvoll und entscheidend, obschon es Wilhelm II. nichts Besonderes gebracht hat. Die dagegen wirklich verhängnisvollen und entscheidenden Jahre 1914 und 1918 übergang sie vollständig.

So wiederholt sich immer wieder dasselbe Spiel. Bei ernster, sachlicher Prüfung lösen sich all diese mystischen Deutungen in Dunst auf. Sie können als zähes Unkraut nur da Fuss fassen, wo abergläubische, an geheimnisvolle, überirdische Mächte glaubende Menschen diese oftmals recht vielseitig auslegbaren Prophezeiungen gläubig hinnehmen und sie ihrer Veranlagung entsprechend für sich, für ihr Dasein zurechtfrisieren.

Erich Krug.

Weihnachtswunder.^x

SPD. Ganz finstere Augenblicke gibt es im Leben, in denen unsre Seele, vom letzten Schimmer des Hoffens gelöst, nur die eine müde Unabänderlichkeit noch glaubt, sich ins kalte Nichts hinüberweinen zu müssen. Wenn dann plötzlich in unsre dunkle Abkehr hinein das Schicksal ganz dicht hinter uns tritt und uns wie ein vertrotztes Kind sanft beim Ohrläppchen fasst, dass wir kehrt machen müssen, ihm in die mutterguten Augen zu sehen - dann fällt ein Blendglanz über uns, der heller scheint als selbst die Sonne und wärmer ist als sie. So, dass die Sprache kein Wort dafür weiss. Und ganz wie ein Kind nimmst du die hingehaltene Zuckertüte in deine unsicheren Hände und lachst so brunnentief und leise, wie du eben noch geweint.

Und nun mein Erlebnis:

Hingebeugt in meine innere Trübnis, gehe ich an einem der Vorweihnachtstage planlos durch eine der von drängenden Menschen erfüllten Strassen. Doch was wollte ich hier? Mitten unter denen, die ausgingen, Geschenke zu kaufen. Herz und Geldbeutel halten einander selten die Wage. Ich hatte wohl zuviel vom ersteren. Und bittere Gedanken stiegen in mir auf vom Lügen der Liebe, des Wohltuns und weihnachtlichen Geistes.

Da rief mich jemand an. Einer, mit dem ich damals ausgerückt war ins Feld 1914. Ein einfacher Landwirt aus der Umgebung dieser Stadt. Primitiv ist wohl das landläufige Schlagwort für derlei Menschengattung. Wir waren nur ganz kurz Zeit beisammen gewesen, damals, und hatten kaum eine andre Beziehung zueinander gehabt als dies gleiche aufgezwungene Leid Aller, die den Krieg nicht wollten. Aber er war der erste Mensch, den ich verwundet neben mir zusammenbrechen sah, im Ansturm auf einen Feind, den keiner sah, und den ich und viele mit mir

auch nie als solchen empfunden. Er war der erste Mann, den ich wie ein Kind schreien hörte, so hilflos, so weh, dass mir im gleichen Augenblick erst das ganze unsagbare Verbrechen am Menschen zum grausam nackten Bewusstsein kam. Den Schrei dieses gehetzten Menschenwilds hinter mir, stürzte ich mit den andern weiter vor - gegen einen Feind, den keiner sah ... Von dem verwundeten Kameraden hörte ich dann nichts mehr. Bis wir uns, nach dem "glorreichen" Menschenschlachten, einmal in der Heimat begegneten und ein paar flüchtige Worte miteinander wechselten.

Und nun standen wir wieder beisammen, hier auf der belebten Strasse des Lebens, und tauschten Worte aus, wie Leute, die einmal in Stunden der Not zusammengehörten. Da fragte er - der Primitive - ob ich ein Glas Bier mit ihm trinken wolle. Und während ich das mit einer freundlichen Erklärung ablehnen musste, weil mich bei der geradezu infamen Kälte und meiner Niedergeschlagenheit obendrein das Wort "Bier" noch stärker erfrösten liess, geschah ein Weihnachtswunder. Dieser schlichte Mann musste wohl den unabwendbaren Willen haben, mir augenblicks etwas Liebes zu erzeugen. So kam es beinahe verlegen von seinen Lippen: "Komm, dann gehn wir hier rein, und ich kauf' eine Schachtel Pralinen für deine Frau!" Damit hatte er mich, jede Entgegnung abschneidend, beim Arme gefasst und zog mich mit in den Laden. "Eine feine Packung!" Verkäuferinnen lassen sich das nicht zweimal sagen. Riesenkartons. "Aber, lieber Kerl, ich bitt' dich..." Doch lachend abwehrend bestimmte er kurz: "Gut! Diese hier packen Sie ein, Fräulein!" Es war die allertuerste Packung. Raus. Draussen verabschiedete er sich ganz schnell. Im Weggehen rief er mir zu: "Wenn du in die Nähe kommst, hörst du, besuch' mich mal! Und einen schönen Gruss an deine Frau zu Weihnachten!"

Fort war er, vom Trubel der Strasse verschluckt.

Ahnte er, der schlichte Mann, wohl, dass er mein Weihnachtsengel gewesen? Ohne ihn wäre ich als ein Bettler an den Gabentisch getreten.

Ja, so primitiv müssen wir sein, wenn wir den Geist der Weihnacht üben sollen.

Karl Schneider - de Witt.

Blick nach Italien.^x

SPD. Wir kommen von Griechenland und steuern Süditalien zu; wir überqueren die Adria, die gläsern blau und unbeweglich liegt. Es ist, als ob in dieser Hitze selbst das Wasser ermattete, als ob die Wellen ermüdeten. Unfähig, einen klaren Gedanken zu fassen, liegt man den ganzen lieben Tag auf Deck, schläft, ohne Erfrischung zu finden, oder blinzelt in die Sonne. Wir verstehen später, bei Spaziergängen in Brindisi, in Bari und in Ancona, dass Arbeit in diesem Klima kein Bedürfnis darstellt und Faulheit eine Tugend ist. Daran ändert auch die aufrüttelnde Gewalt des Faschismus nichts. Das ist in Brindisi so und in Bari und Ancona, den drei süditalienischen Städten, in denen wir uns länger aufhalten. In einer oder zwei Strassen, in denen die Luxusgeschäfte liegen, ist Tagesbetrieb (das hat hier die Bedeutung, als sagte man von einer deutschen Stadt, sie habe Nachtbetrieb); im übrigen aber sind die Städte wie ausgestorben. Der Asphalt wird in der Sonne weich, dass man am Pflaster klebt. Grell stehen die Häuserreihen im Lichte; die dunklen Fenstervorhänge sind der einzige Ruhepunkt für schmerzende Augen. Als wir unversehens in die alten Viertel kommen, in denen die Häuser nur durch armbreite Gassengetrennt sind, erleben wir das südliche Italien ohne verhängte Fenster, denn das Glas ist mitunter auch ein Luxus, und Säcke und Perlvorhänge tun denselben Dienst. Die Türen dieser Hütten sind Eingang und Lichtquelle zu-

gleich. Der ganze Haushalt spielt sich in intimster Verbindung mit der Strasse ab. Ein mittelgrosses Zimmer mit primitiver Feuerstelle und zwei fragwürdigen Betten genügt nicht nur für eine Familie aus Mann und Frau, sondern bietet auch noch einem Rudel Kinder, wenn es sein muss, Wohnstatt. Nach der Zahl der Kinder auf der Gasse zuschliessen, wird das sehr oft der Fall sein.

Wovon aber leben diese kinderreichen Familien? Von Früchten und Brot, von Oel und Fischen. Diese Dinge sind hier so billig, dass das Familienoberhaupt nicht allzu viel arbeiten muss, um sie in der nötigen Menge herbeizuschaffen. Ein Gelegenheitsverdienst genügt für eine Woche solcher Ernährung, und für die nächste Woche wird der liebe Gott schon sorgen... Hier ist kein Boden für grosse Ideen; hier würde der Klassenkampfgedanke an der Sonne zerfließen, und der Faschismus regt hier auch nicht zu fanatischer Begeisterung an. Das lässt die Hitze einfach nicht zu. Wenn nicht fast jedes repräsentative Gebäude irgendein Wappen zeigte, das auf das reichliche Vorhandensein eines anscheinend etwas eitlen Behördenapparates schliessen lässt - man könne nicht auf den Gedanken, dass es zwischen Sonne und Erde noch eine unnachsichtige Obrigkeit gibt.

So sind süditalienische Städte - die eine Seite. Die andre Seite ist der reinsten Genuss. Man schlendert, wie in der Grosstadt Bari, durch die langweiligen neuen Strassen und durch die Gassen der bedürfnislosen Armut; man sieht in die offenen Wohnungen des Elends und in den fleckenlosen Himmel, dessen Reinheit in krassem Kontrast zum Schmutz der Gassen strahlt. Dann steht man plötzlich, wenn man sich im Gewirr der Altstadt schon verirrt glaubt, auf einem freien Platze, vor einer romanischen Kirche oder vor einem alten Palais und bewundert die architektonische Harmonie, die das frühe Italien in seinen Plätzen und seinen grossen Bauten schuf. Die Ruhe des Tages liegt wie ein feierlich-farbenes Tuch über solchen Inseln der Kunst und deckt das Irdische zu. Oder in Ancona. Die Anfahrt schon zeigt das sehr eigenartige Bild einer Stadt, die nicht etwa nur an einem Hügelabhänge liegt, sondern an einem sehr steilen Berge hochgebaut ist. Dementsprechend ziehen sich enge Gassen empor. Man durchwandert sie im Schweisse seines Angesichtes, um auf der Höhe durch einen wundervollen Ausblick in die blaue Bucht vor der Stadt belohnt zu werden. Winzig klein liegen die Schiffe im Hafen. An ihm entlang fährt eine noch winziger wirkende Strassenbahn. Die ganze Stadt lässt sich von solcher Höhe aus übersehen; zwei Tore noch aus der Römerzeit flankieren den Zugang zum Meere. Die Innenstadt aber birgt Renaissancepaläste an Platzterrassen, deren stille und klare Schönheit das Erleben der wundervollsten Übereinstimmung von Kunst und Natur vermittelt.

Ein schwarzhaariges Mädchen mit melancholischen Mandelaugen sitzt strickend vor der Tür im Schatten des Hauses und sieht verwundert auf die Fremden die in dieser Hitze stehen bleiben, nur um eine Fassade zu bewundern. Sie hat uns zur Ergänzung des Bildes noch gefehlt. Nachdem wir sie gesehen, wird sie in unsrer Erinnerung an süditalienische Städte mitschwingen. Ihre Lippen waren rot und leicht gerundet.

In Triest endet unsre Fahrt an Italien entlang. In Triest sehen wir das Land von der lebensnaheren Seite, auch von der politischen. Wir haben mit verschiedenen Behörden zu tun, mit Zoll und Post und versehentlich auch mit der Fremdenpolizei. Auf Auslandsreisen kommt das bei den anständigsten Leuten vor.

Es wäre kein Anhaltspunkt für die Wirklichkeit des faschistischen Regimes, dass sogar in öffentlichen Bedürfnisanstalten das Bild Mussolinis angeschlagen ist, aber man merkt, dass das Land beherrscht wird. Wer beherrscht wen? Mussolini seine Mitarbeiter, die Mitarbeiter die faschistische Miliz, die Miliz die positiv faschistische Zivilbevölkerung, und diese schliesslich darf ungeniert Revolver tragen, die zur Beherrschung der breiten Masse des indifferenten Volkes dienen. Der junge Mann, der uns in einer Passangelegenheit zum deutschen Konsulat begleitete, war nur ein kleiner Schreiber im Zollamt büro, sodass es nicht zu seiner Dienstpflicht gehörte, am Gürtel seiner ele-

gantem Flanellhose, also im Zivilanzug, eine auffällig grosse Revolvertasche - mit geladenem Inhalt, wie sich auf eine Frage herausstellte - sehr sichtbar zu tragen; so, wie alte Herren in harmloseren Ländern einen Spazierstock tragen. Der junge Mann gehörte irgendeinem patriotischen Verein an, der weder mit Militär noch mit Miliz etwas zu tun hat. Aber Revolver sind anscheinend auch sein Zeichen.

Das Beispiel ist nur winzig, vielleicht eine sehr nebensächliche Beobachtung. Dem Fremden aber fiel es auf. So stellen sich die Leute um Hitler ja auch den deutschen Faschismus vor: der S.A.-Mann ist der Herr des Landes. Wehe dem Besiegten...

Josef Rothhammer.

Die reichen Indianer.^x

SPD. Die Indianeragentur in Washington gab kürzlich einen Bericht heraus, der endgültig mit dem Glauben aufräumt, dass die Indianerstämme im Aussterben begriffen seien. Denn, wenn die Zahl der Indianer in den Vereinigten Staaten um 1870 herum mit 300 000 angegeben war, so zählen sie heute über 350 000.

Die statistische Aufstellung dieser Agentur bringt auch eine noch überraschendere Mitteilung. Nach ihren Angaben, soweit man ihnen Glauben schenken darf, sind die Indianer das reichste Volk der Erde. Ihr Gesamtvermögen soll 15 Milliarden Dollar weit überschreiten. Legt man die Bevölkerungszahl von 350 000 Indianern zugrunde, so hat jeder ein Vermögen von 43 000 Dollar.

Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf die Indianer in den Vereinigten Staaten. Viel reicher noch sollen die Indianerstämme in Südamerika sein. Die Zahl dieser Stämme festzustellen, die von Mexiko bis zum Feuerland in teils halb erforschten, teils von Kulturmenschen noch nie gesehenen, unendlichen Urwaldgebieten hausen, wird in absehbarer Zeit kaum gelingen. In die Tausende geht die Zahl dieser wilden und halbwilden Stämme. Nur spärliche Zeitungsnachrichten, die von Zeit zu Zeit vom Verschwinden weisser Menschen berichten, die es gewagt haben, in diesen Dschungel der Unkultur vorzudringen, beweisen die Existenz dieser Wilden.

Ein sonderbares Erlebnis hatte kürzlich der Besitzer des kleinen Hotels "España" in Guyaquil, der Hafenstadt Ecuadors von nicht mehr als 100 000 Einwohnern. Vor etwa 1½ Jahren stieg in seinem Hotel ein englischer Missionar ab, der sich trotz der dringendsten Vorstellungen nicht davon abbringen liess, den wilden Indianern seinen Glauben zu verkünden. Wochenlang hielt er sich in dem kleinen Hotel auf und bereitete sich auf seine Mission vor. Dann brach er auf und wurde nie mehr gesehen. Bis eines schönen Tages, an dem Tage, an dem die Häuptlinge der weiten Umgegend von Guyaquil dorthin ihre Waren zu Markte bringen, einer der Indianer im Hotel "España" einem Engländer einen besonders gut präparierten Kopf zum Kauf anbot, in dem der Hotelbesitzer zu seinem Schrecken den seines früheren Gastes, des englischen Missionars, wiedererkannte. Der Kopf war zur Grösse eines Apfels zusammengeschrumpft, doch die Gesichtsteile wiesen genau die gleichen Proportionen wie bei Lebzeiten auf, nur, dem ganzen Kopfe entsprechend, in verkleinerten Massen. Für 100 englische Pfund wanderte der Kopf in den Besitz des Engländer, der frohen Herzens mit seiner kostbaren Beute nach Europa zog, ohne zu wissen, dass er den mumifizierten Kopf eines Landsmannes im Koffer trug, der einem indianischen Kopffäger zum Opfer gefallen war.

Ein Dichter las im Rundfunk.^x

Der Dichter sprach noch nicht das zehnte Wort,
Da hatten dreihundert Cafés schon ausgeschaltet.
Fünfhundert Hörer mussten leider fort,
Bevor der Dichter X. sein Manuskript entfaltet.

Es war um fünf Uhr zehn. Der Dichter las.
Die Mitwelt hörte jetzt die achte Strophe.
Frau Bankier Meyer gähnte, die am Radio sass
Und sich frisieren liess von ihrer Zofe.

Zehn Menschen aber hatten sich darauf gefreut.
Doch mussten vier in den Büros noch sitzen.
Zwei Studienräte lauschten, wenn auch recht zerstreut.
Der eine suchte seinen Bleistift anzuspitzen.

Ein alter Bauer hörte, den die Gicht bezwang.
Die schweren Hände hatte er dabei gefaltet.
Der Dichter las.. Und aus dem Dorf die Arbeit klang.
Der Kranke schlief. Die Magd hat ausgeschaltet...

Der Dichter weilte jetzt bei seinem schönsten Stück.
Da wurden manche grad' ans Telefon gerufen.
Den Einsamen gab dieser Vers ein bisschen Glück,
Und der Verzweifelte sah plötzlich Breschen, Stufen...

Doch andre fragte, als der Dichter sprach:
"Was wird er für ein Honorar bekommen?"
Und ob er abgebildet, sah auch jemand nach.
Und mancher fand: "Er spricht etwas verschwommen!"

Der Dichter schwieg. Doch war die Stimme noch im Land!
"Liebt euch! Seid einig! Und lasst ab vom Hasse!"
Der Dichter dachte: "Ob ich eine Seele fand?" - -
Versorgt, beglückt, verlegen ging er dann zur Kasse.....
Kurt Rudolf Neubert.

SPD. Der sprachkundige Polizist.^x Es gibt heute überall in den Gross-
städten Schupos mit fremdsprachlichen Kenntnissen.

Eine Engländerin will in Leipzig den Strassendammschranken überschreiten, als
sich gerade eine Brigade von Autos in Bewegung setzt.

"Wardnse!" sagt ein Schupo.

"Good morning", sagt die Engländerin, die das für einen Gruss gehalten
hat.

Das hört ein Studienrat. Der fragt den Schupo: "Don't you speak English,
Sir? You see, this lady is English."

Da erwidert der Schupo: "Da missnse immr gradeaus gehen, und an der Be-
dersschdrasse, da biejense rechds ein; da gönnen Se's garnich vrfehl'n."